

## **Volksblatt-Interview zur Landtagseröffnung**

**Volksblatt: Durchlaucht, Ihre Aussagen betreffend Finanzuzweisungen an die Gemeinden und Gemeindeautonomie wurden von den drei Parteien unterschiedlich interpretiert. Was war Ihre Intention: ein gerechterer Finanzausgleich oder noch mehr Finanzuzweisungen an die Gemeinden?**

**S. D. Erbprinz Alois:** Meine Intention ist, dass die Gemeinden zwar ausreichend ausgestattet sind, damit sie ihre Aufgaben gut erfüllen können. Dabei sollten diese Gelder aber so verteilt werden, dass sie den Gemeinden Anreize geben, möglichst vernünftig zu wirtschaften. Heute ist es so, dass wir zum Teil bei der Zuweisung von Mitteln an die Gemeinden falsche Anreize setzen. Heute planen beispielsweise Gemeinden Projekte zum Teil bewusst grösser als notwendig, weil sie dadurch rein aus Gemeindesicht gesehen unter dem Strich mehr Geldmittel erhalten. Dies mag zwar aus Gemeindesicht Sinn machen, aber aus Sicht des Landes als Gesamtes betrachtet ist dies nicht zielführend.

**Heisst das, dass es auf jeden Fall nicht mehr Finanzuzweisungen an die Gemeinden geben soll?**

Nein. Es hängt davon ab, ob die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu wenig, ausreichend oder zu viel Finanzmittel vom Land erhalten. Soweit ich es beurteilen kann, können die Gemeinden mit den Finanzmitteln, die sie bis jetzt vom Land bekommen, ihre Aufgaben sehr gut erfüllen.

**Müsste es aber nicht sogar weniger Geld sein, denn einige Gemeinden schwimmen ja geradezu im Geld, während der Staat zum drastischen Sparen angehalten ist?**

Natürlich ist es sinnvoll, dass auch die Gemeinden sparen und sie vom Land nicht mehr Mittel erhalten, als notwendig ist, um ihre Aufgaben ordentlich erfüllen zu können. Allerdings muss man aufpassen, dass bei Sparmassnahmen nicht ausgerechnet jene getroffen werden, die gut gewirtschaftet haben. Sonst setzt man falsche Anreize für die Zukunft. Daher halte ich es auch für so wichtig, dass heutige System der Finanzuzweisungen vom Land an die Gemeinden zu überdenken. Wir sollten die Anreize so setzen, dass Anstrengungen der Gemeinden, gut zu wirtschaften, belohnt werden.

**Sie haben sich für mehr Gemeindeautonomie ausgesprochen. Der Fraktionssprecher der Opposition sagte, mehr Gemeindeautonomie würde bei Raumplanung, Sozialwesen und Bildungswesen zum Schlamassel führen: Was halten Sie dem entgegen?**

Grundsätzlich bin ich für eine ausgeprägte Gemeindeautonomie. Meiner Ansicht nach ist es besser, wenn möglichst viele Fragen möglichst nah am Bürger entschieden werden, und wenn wir die Landesebene stärker entlasten.

Die bisherigen Versuche, die Raumplanung auf Landesebene zu verankern, sind gescheitert. Deshalb ist es nun notwendig, dass die Gemeinden zusammenarbeiten, um auf Gemeindeebene mit Unterstützung des Landes möglichst sinnvolle Lösungen finden.

Bei der Bildung muss man die verschiedenen Bereiche unterscheiden. Die Regulierung der Bildung wird am besten auf Landesebene erfolgen. Die Finanzierung der Bildung kann sowohl Landes- wie Gemeindeangelegenheit sein. Und bei der Frage des Bildungsangebotes können zusätzlich zu Land und Gemeinden auch Private erfolgreich als Anbieter tätig sein.

**Sie haben gesagt, dass die Fragen möglichst am Bürger entschieden werden sollen: Bei der Entflechtung der Aufgaben von Land und Gemeinden hat man bei der LAK-**

**Finanzierung festgestellt, dass die Gemeinden in gewissen Bereichen offensichtlich gar nicht mehr Autonomie haben wollen?**

Ich glaube nicht, dass die Gemeinden mehr Autonomie ablehnten, sondern dass zwei andere Gründe ausschlaggebend waren: Einerseits hatten die Gemeinden angesichts der Überalterung der Gesellschaft Angst vor grossen zukünftigen Kostensteigerungen und andererseits wollten sie nicht etwas ändern, das erst vor relativ kurzer Zeit auf die Beine gestellt worden ist und jetzt endlich funktioniert. Man sollte diese Frage in ein paar Jahren wieder prüfen, wenn mehr Erfahrungen vorliegen. Denn grundsätzlich gehören die Aufgaben der LAK sicherlich eher zu den Gemeinden als zum Land.

**Der Landtagspräsident hat sich für eine Verbesserung des unbefriedigenden Zustandes der Parlamentsarbeit ausgesprochen: Unterstützen Sie dieses Anliegen?**

Ich halte es für sinnvoll, dass der Landtag ähnliche Überlegungen anstellt wie die Regierung bei der Verwaltungsreform. Der Anfall an Aufgaben hat in den letzten zehn Jahren auch beim Landtag massiv zugenommen. Deshalb sollte sich der Landtag neue Organisationsformen überlegen, um seine Arbeit möglichst effizient zu erledigen.

**Wie könnte es verbessert werden?**

Ich glaube, dass dies die Abgeordneten, die damit direkt zu tun haben, von der Praxis her sicherlich besser beurteilen können als ich.

**Ist so ein Milizparlament angesichts der zunehmenden internationalen Verpflichtungen überhaupt noch zeitgemäss?**

Angesichts der Grösse des Landes kann ich mir ein Berufsparlament nur vorstellen, wenn die Anzahl der Abgeordneten reduziert würde. Ein Berufsparlament wäre sonst recht kostspielig. Denn für gute Leute im Parlament müsste man auch entsprechend hohe Gehälter zahlen. Daher sollte man sich auch andere Verbesserungsmöglichkeiten überlegen, um unser Parlament für seine Aufgaben besser auszustatten.